

CDU Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Postfach 15 02 45
70075 Stuttgart

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Königstraße 78
70173 Stuttgart

Balingen, Mittwoch, 23. März 2016

Koalitionsvertrag zur Bildung der Landesregierung in Baden-Württemberg

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Landesvorsitzende, sehr geehrter Herr Winfried Kretschmann, sehr geehrter Herr Guido Wolf,

mit dem Ergebnis der Landtagswahl am Sonntag den 13. März 2016 scheint eine grün / schwarze Koalition aus der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ und der CDU das wahrscheinlichste Regierungsbündnis zur Bildung der nächsten Landesregierung in unserem Bundesland zu werden.

Zur dieser Regierungsbildung erlauben wir uns Ihnen einige Wünsche als Bürgerinitiative Infrastruktur ZAK zu übermitteln. Hiermit drücken wir das große Interesse der

Bürgerinnen und Bürger des Zollernalbkreises aus.

Hintergrund und Ausgangslage

Der Zollernalbkreis liegt etwa 70 km südlich von Stuttgart und 140 km nördlich von Zürich. Der Landkreis umfasst etwa 180.000 Einwohner mit 25 Gemeinden. Seine drei größten Städte sind Albstadt, Balingen und Hechingen.

Damit ist der Zollernalbkreis eine typisch ländliche Raumschaft, die einerseits von einer eigenen starken mittelständischen Industrie geprägt ist, und andererseits noch im weiteren Einzugsbereich der Landeshauptstadt liegt. Deshalb gibt es im Zollernalbkreis (ZAK) eine starke Tages-Pendlerbewegung nach Stuttgart, Reutlingen und auf die Fildern.

Bis zu 20% der etwa 90.000 Berufstätigen pendeln täglich aus dem Landkreis zur Arbeit und kommen abends wieder in den Landkreis zurück, also rund 18.000 Personen pro Tag.

Ein weiterer bemerkenswerter Umstand ist der, dass Industrie, Handel und Gewerbe im Zollernalbkreis in hoher Weise international tätig sind, also hohe Import- als auch Export-

Quoten haben und damit in starker Weise eine gute Verkehrsinfrastruktur zur Einfuhr- und Ausfuhr ihrer Produkte benötigen.

Trotz dieser positiven äußeren Umstände ist die Bevölkerungszahl im Zollernalbkreis seit etwa 10 Jahre rückläufig (ca. - 6.000 Menschen = 3,1%). Weshalb ist das so ?

In erster Linie hat der Bevölkerungsrückgang etwas mit der verkehrsmäßigen Erreichbarkeit des Landkreises zu tun. Diese Erreichbarkeit ist für ein Kernland der Bundesrepublik Deutschland und einen zentral gelegenen Landkreis im wirtschaftsstarken Baden-Württemberg bemerkenswert schlecht ! Keine einzige vierspurige Strasse bindet den Landkreis direkt an das Bundesautobahnnetz an. Vom entferntesten Punkt im Landkreis (Nusplingen, Harthöfe) zur nächsten Bundesautobahn (A81. Auffahrt Empfingen) dauert es 43 Minuten, für 48 km Fahrt ! Schon damit ist klar, dass der Wettbewerbsnachteil für Gewerbebetriebe im ZAK gewaltig ist und die Attraktivität zur Familiengründung und Ansiedlung junger Familie begrenzt ist.

Hinzu kommt die Problematik der direkten Verbindung des Landkreises in die Metropolregion Stuttgart über die Bundesstrasse 27. Da diese Strasse munter zwischen 4- und 2-Spurigkeit wechselt ist es an den neuralgischen Punkten morgens und abends schon keine Frage mehr, ob es Stau gibt oder nicht. Statt ist die Frage, welche dramatische Länge die Rückstaus am jeweiligen Tag haben. Wartezeiten um 30 bis 50 Minuten an diesen Verengungsstellen sind die Regel. Speziell für Pendler ist das eine unerträgliche Situation. Just-in-Time Logistik zu den großen Herstellern ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Vor diesem Hintergrund wartet die Bevölkerung des Zollernalbkreises bisher vergeblich auf einen Ausbau der B27 zur durchgängig vierspurigen Strasse. Dieser Ausbau ist keine „fromme Idee“ der Bevölkerung hier, sondern wurde – sage und schreibe - schon im Jahr 1962 mit dem Bau der A81 durch die Landesregierung versprochen.

Das Versprechen ist nun seit 54 Jahren offen ! Damit muss jetzt Schluss sein !!

Auch das Zurücktreten der „alten“ Bundesländer zugunsten der Förderung der „neuen“ Länder nach der Wiedervereinigung ist nun abgeschlossen. Der ländliche Raum ist speziell in Baden-Württemberg, mit seinen vielen Hidden-Champions, ein Wohlstandsgarant der Republik. Allein der Zollernalbkreis trägt mit einer Milliarde Euro überproportional zum Steueraufkommen bei. Deshalb muss dieser Raum endlich verkehrsmäßig angeschlossen werden.

Die große Chance – der Bundesverkehrswegeplan

Im nun jüngst veröffentlichten Bundesverkehrswegeplan des Bundesverkehrsministeriums ist nicht nur der vierspurige Ausbau der B27 bis Tübingen, einschließlich des Umfahrungstunnels

von Tübingen (Schindhaus Basistunnel) in den vordringlichen Bedarf aufgenommen worden, sondern auch einige dringend erforderliche Ortsumfahren ebenfalls als vordringlich eingestuft worden. Dies sind: B 463 Lautlingen sowie B 27 Balingen-Süd/Dotternhausen und Schömberg.

Die konsequente und zügige Realisierung dieser Projekte würde das Problem des langsamen Aussterbens des Zollernalbkreises wohl für die nächste Generation erst einmal lösen und vielleicht sogar ins Gegenteil verkehren. Deshalb sind diese Projekte im vitalen Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Zollernalbkreises.

Mit der Aufnahme der genannten Verkehrsprojekte in den vordringlichen Bedarf ist gleichzeitig auch die Finanzierung dieser Projekte gesichert. Kurz gesprochen: Das Geld für diese Projekte ist jetzt da. – Allerdings: Das Geld ist auch wieder schnell weg, wenn die genannten Projekte zum Zeitpunkt des Mittelabrufs nicht realisierungsbereit sind, also nicht fertig geplant wurden. Dann würden die Mittel in Ersatzprojekte, in andere Regionen fließen.

Umsetzung in der neuen Regierungskoalition

Fünf Jahre Grün-rote Regierungskoalition haben leider gezeigt, dass sich wichtige Verkehrsprojekte zugunsten dem Bau von Radwegen durch planerische Untätigkeit sehr leicht verschleppen lassen, wenn der politische Wille dazu fehlt.

Da es für den Zollernalbkreis jetzt um alles geht, darf die Realisierung dieser überlebenswichtigen Projekte nicht dem Zufall oder der Willkür Einzelner überlassen bleiben und deshalb fordern wir:

1. Die unverzögliche Planfeststellung und Planumsetzung der o.g. Verkehrsvorhaben im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans muss verpflichtender Bestandteil des Koalitionsvertrages werden.
2. Das Verkehrsministerium muss durch eine/n CDU-Ministerin oder Minister bekleidet werden. Bezüglich des bisherigen Verkehrsminister Herrmann (GRÜNE) bestehen ausreichend Zweifel dahingehend, dass eine Förderung von Verkehr in seinem politischen Interesse liegt. Unser Landkreis kann es sich nicht erlauben, sein Schicksal in unzuverlässige Hände zu legen. Dafür steht zu viel auf dem Spiel.
3. Des Weiteren würden wir uns wünschen dass auch das Wirtschaftsministerium und das Innenministerium ebenfalls durch eine/n CDU-Ministerinnen oder Minister bekleidet werden, denn speziell das Innenministerium hat großen Einfluss auf die Regierungspräsidien, die ebenfalls mit Nachdruck und Überzeugung verkehrstechnisch an einem Strang ziehen müssen.

Fazit

Diese in der Tat seit 50 Jahren einmalige Gelegenheit zur positiven Weichenstellung für den Zollernalbkreis darf nicht fahrlässig vergeben werden, sondern muss konsequent genutzt werden. Das sind wir uns und den kommenden Generation schuldig.

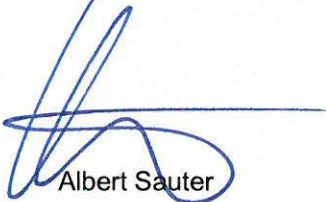
Deshalb plädieren wir an die Verantwortung der neuen Landesregierung, der Fürsorgepflicht für Ihre Bevölkerung nachzukommen und den ländlichen Raum als lebenswerten Raum zum Wohnen und Arbeiten für die nächste Generation zu erhalten.

Wir, die Bevölkerung des Zollernalbkreises stehen geschlossen hinter dem Willen:

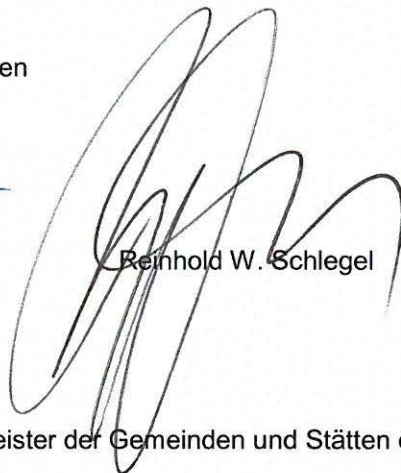
Der vierspurige Ausbau der B 27 muss JETZT passieren !

Vielen Dank !

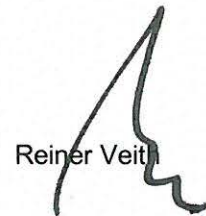
Mit freundlichen Grüßen



Albert Sauter



Reinhold W. Schlegel



Reiner Veit

Kopien an

Alle Bürgermeister der Gemeinden und Stätten des Zollernalbkreises.

Den Landrat des Zollernalbkreises, sowie an alle Fraktionsvorsitzenden im Landkreis

Die Abgeordnete im Landtag – Frau Hoffmeister-Kraut

Den Abgeordneten im Bundestag – Herrn Bareiß

Den Präsidenten des Regierungspräsidiums Tübingen

Die Presseorgane: Zollernalbkurier. Schwarzwälder Bote und Hohenzollerische Zeitung